

## **Gelebte Demokratie ist die beste Rechtsextremismusprävention – Perspektiven für ein weltoffenes Sachsen-Anhalt**

### **1. Vorbemerkung**

Die Autorinnen und Autoren dieses Papiers arbeiten auf verschiedenen Ebenen: in Netzwerken, Bündnissen, in der Bildungsarbeit und in der Beratung. Was uns eint, ist das Engagement für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt. In unterschiedlichsten Handlungsfeldern und in verschiedenen Organisationen setzen wir uns dafür ein, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in unserem Land keinen Platz haben.

Daher wollen wir einen Diskussionsprozess im Land anstoßen, wie die notwendige Arbeit für ein demokratisches und weltoffenes Sachsen-Anhalt langfristig unterstützt und gesichert werden kann. Dies verstehen wir als Beitrag zur Demokratieentwicklung in unserem Land.

Demokratie ist kein gesicherter Zustand, sondern ein ständiger gesellschaftlicher Lern- und Aushandlungsprozess. Deshalb müssen wir uns immer wieder neu für ihre Verwirklichung und Weiterentwicklung im konkreten Zusammenleben der Menschen einsetzen.

Eine lebendige Demokratie ist eine wichtige Voraussetzung für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus und die Bewahrung der Menschenrechte. Die Wirklichkeit im Land ist leider häufig eine andere.

### **2. Situationsbeschreibung**

Alle zwei bis drei Tage ereignet sich in Sachsen-Anhalt eine rechtsextreme, rassistisch oder antisemitisch motivierte Gewalttat. Zudem sind gesellschaftliche Minderheiten und couragierte Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, nach wie vor mit unterschiedlichen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert, die von Diskriminierung, Ausgrenzung bis hin zu Gewalt reichen.

Rechtsextreme Organisationen wie NPD, JN und Freie Kameradschaften verfügen über eine anhaltend hohe Anziehungskraft insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene. Vielerorts haben sich extrem rechte Subkulturen etablieren können oder sind gar zur dominierenden Jugendkultur geworden.

Studien belegen, dass „viele Menschen [in Sachsen-Anhalt] bereit sind, menschenfeindlichen Einstellungen zuzustimmen.“<sup>1</sup> Insbesondere fremdenfeindliche Einstellungen finden weite Verbreitung auch in der Mitte der Gesellschaft.<sup>2</sup>

Gleichzeitig hat Sachsen-Anhalt einen niedrigen Migrationsanteil und eine wenig ausgeprägte Migrationstradition. Interkultureller Austausch ist in Sachsen-Anhalt gering entwickelt. Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit finden daher noch leichter Verbreitung.

Der Sachsen-Anhalt-Monitor aus dem Jahr 2007 weist als Ergebnis zudem aus, dass 57% der Befragten mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind.<sup>3</sup> Diese Unzufriedenheit, heißt es in der Untersuchung weiter, sei in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger stark an die vermeintliche oder tatsächliche Leistungsbilanz von politischen Akteuren in den für wichtig erachteten Politikfeldern gekoppelt.

Das Interesse, in beteiligungsorientierten Prozessen Demokratie mitzugestalten, ist in vielen Regionen des Landes nur schwach und unzureichend ausgeprägt. Dieses Defizit

---

<sup>1</sup> Christian Babka von Gostomski: Expertise. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt (2002-2006), Bielefeld 2006, 59.

<sup>2</sup> Oliver Decker / Elmar Brähler / Norman Geißler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin 2006: 46: 39,7 % Ausländerfeindlichkeit bei den Befragten in Sachsen-Anhalt.

<sup>3</sup> Ossip Fürnberg / Everhard Holtmann / Tobias Jaek: Sachsen-Anhalt-Monitor 2007. Politische Einstellungen zwischen Gegenwart und Vergangenheit, Halle (Saale) 2007, 25.

gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation mündet oftmals in Demokratie- und Politikverdrossenheit und erhöht so vielerorts die Deutungs- und Wirkungsmächtigkeit rechtsextremer Denk- und Handlungsmuster. Wo integrierte Handlungsstrategien zur Demokratieentwicklung nicht oder kaum entwickelt sind, ist in der Regel die Sensibilisierung für rechtsextreme Gewalttaten und Aktivitäten nur sehr gering ausgeprägt.

### **3. Strukturen, Akteure und Strategien zur Demokratieförderung**

Durch verschiedene Bundesprogramme zur Rechtsextremismusprävention und Demokratieentwicklung konnten in Sachsen-Anhalt zivilgesellschaftliche Strukturprojekte aufgebaut und professionalisiert werden.

Derzeit werden in Sachsen-Anhalt folgende Bundesprogramme umgesetzt:

- Das Programm „Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ fördert in Sachsen-Anhalt 10 Lokale Aktionspläne. Gemeinsam mit dem Sozialministerium des Landes werden darüber hinaus fünf Modellprojekte unterstützt. Zusätzlich sind zwei bundesländerübergreifende Modellprojekte auch in Sachsen-Anhalt tätig.
- Aus Mitteln des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie“ sowie des Sozialministeriums des Landes wird in Sachsen-Anhalt das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus gefördert.
- Zudem existieren einige Modellprojekte im Rahmen des v.a. aus ESF-Mitteln finanzierten Programms „XENOS – Integration und Vielfalt“

Wie die wissenschaftlichen Begleitungen der einschlägigen Bundesprogramme gezeigt haben, erweist sich die durch Bund und Länder eingeschlagene präventive Strategie zur Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Projekte gegen Rechtsextremismus als effektiv, langfristig notwendig und sollte daher weiter ausgebaut werden.

#### **a. Mobile / Regionale Beratung**

Mobile/Regionale Beratungsteams arbeiten seit Ende der 1990er Jahre erfolgreich in Brandenburg und seit 2001 auch in den anderen östlichen Bundesländern. Im Sommer 2007 konnten Miteinander e.V., das Alternative Jugendzentrum Dessau e.V. und die Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V. mit Hilfe des neuen Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie. Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium des Landes den gemeinwesenorientierten und systemischen Ansatz in Sachsen-Anhalt entscheidend ausbauen.

Die Hauptaufgabe der Teams besteht in der Beratung von kommunalen Verantwortungsträgern in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten vor Ort. Den in Kommunen, Schulen oder Jugendarbeit tätigen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren fehlen häufig Informationen und Kompetenzen, um wirksame Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus zur Stärkung einer demokratischen Zivilgesellschaft zu entwickeln.

Im abgelaufenen Jahr 2008 wurden von den Mitarbeitenden in den Regionalen/Mobilen Beratungsteams insgesamt 157 Beratungsfälle an die Landeskoordinierungsstelle gemeldet. 103 dieser Fälle wurden im Berichtszeitraum abgeschlossen, 44 Beratungsfälle werden von den Projekten weitergeführt. Die jeweiligen Beratungszeiträume gestalten sich heterogen. Sie reichen von wenigen Tagen bis zu mehreren Wochen und Monaten. Eine zeitliche Begrenzung der Beratungsarbeit, wie ursprünglich im Programmwurf des Bundes vorgesehen, später jedoch revidiert, ist daher in der Praxis kaum durchführbar.

Notwendig ist eine intensive und längerfristige Beratungstätigkeit, die über die Durchführung einzelner Bildungsmaßnahmen hinausgeht und die örtlichen und regionalen Akteurinnen und Akteure in die Arbeit einbezieht. Dies betrifft insbesondere die Unterstützung strukturschwacher, besonders ländlicher Regionen, in denen die Anzahl zivilgesellschaftlicher Akteure gering und eine demokratische Projektlandschaft kaum ausgebildet ist. Die Beratungsarbeit zielt auf die

Entwicklung von Strukturen, Konzeptionen und Handlungen, die das Demokratiebewusstsein stärken und zur stärkeren Partizipation anregen.

Die vorliegenden Erfahrungen der Beratungsprojekte in Verbindung mit entsprechenden wissenschaftlichen Studien machen deutlich, dass die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten und Positionen und die Stärkung demokratischer Kultur auch in Zukunft notwendig sind. Dies erfordert die langfristige Bereitstellung eines fachkompetenten Beratungsangebotes.

#### **b. Mobile Beratung und Unterstützung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt**

Seit mehreren Jahren befindet sich Sachsen-Anhalt in Bezug auf die Zahl politisch rechts motivierter Gewalttaten pro 100.000 Einwohner/innen an der Spitze. Dieser Trend ist ungebrochen. Alleine im Jahr 2008 registrierten die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt in Trägerschaft des Vereins Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. in Kooperation mit der Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten in Dessau in Trägerschaft des Multikulturellen Zentrums Dessau e.V. 179 politisch rechts und rassistisch motivierte Gewalttaten. Die überwiegende Mehrheit der Opfer war von Körperverletzungen betroffen. Viele der Betroffenen rechter Gewalttaten in Sachsen-Anhalt werden durch die seit 2001 ins Leben gerufene Mobile Opferberatung und die Beratungsstelle in Dessau unterstützt. Neben der individuellen Unterstützung für die Betroffenen ist es mit Hilfe der Opferberatungsprojekte auch gelungen, die Perspektive der Betroffenen im gesellschaftlichen Diskurs wahrnehmbar und hörbar zu machen.

Die Opferberatungsprojekte unterstützen Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt bei der Überwindung der materiellen und immateriellen Angriffsfolgen. Die Beratung ist grundsätzlich parteilich für die Betroffenen, kostenlos, freiwillig und auf Wunsch anonym. Mehrheitlich erfolgt die Beratung aufsuchend und orientiert sich damit an den Lebensbedingungen der Betroffenengruppen. Die Beratung und Unterstützung erstreckt sich in der Regel über einen längeren Zeitraum.

Mit der Unterstützung der Opferberatungsprojekte wird den Betroffenen signalisiert, dass sie nicht alleine gelassen werden und dass ihnen, ihren Angehörigen und ihrem sozialen Umfeld gegenüber auch von Seiten des Staates und der Politik eine politische Verantwortung übernommen wird. Gleichzeitig wird mit einer öffentlich anerkannten, professionellen Unterstützung von Betroffenen den Tätern Grenzen gesetzt. Umgekehrt ist eine fehlende Absicherung für die Opferberatungsstellen ein klares Signal für eine Politik von Lippenbekenntnissen ohne Bereitschaft zur konkreten Unterstützung für Betroffene. Darüber hinaus ist eine langfristige Fortführung der Opferberatung vor dem Hintergrund der sich oftmals über Jahre hinziehenden juristischen und psychischen Aufarbeitung der Angriffe und Angriffsfolgen geboten. Allein im Jahr 2008 unterstützten die beiden oben genannten Opferberatungsprojekte 460 Betroffene rechter und rassistischer Gewalt.

Ein wichtiges Instrument zur Unterstützung der Opfer ist zudem der Opferfonds für Betroffene fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt bei Miteinander e.V.. Seit dem Jahr 2000 erhalten Betroffene rechter Gewalt – und in Einzelfällen auch ihre Angehörigen – auf Antrag unbürokratische und zeitnahe materielle Unterstützung, wenn andere Hilfssysteme nicht zur Verfügung stehen. Mehrere hundert Betroffene rassistischer und rechter Angriffe konnten durch die Unterstützung zahlreicher Spender/innen konkrete Hilfe erfahren. Um dieses notwendige Angebot abzusichern, werden auch weiterhin kontinuierliche Spenden benötigt.

#### **c. Lokale Aktionspläne**

Im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ fördern 10 Lokale Aktionspläne in Sachsen-Anhalt seit 2007 die Entwicklung integrierter lokaler Strategien und Projekte für Demokratie und Toleranz. Der Bund stellt dazu für jeden LAP jährlich 100.000,- € zur Umsetzung dieser lokalen Strategien zur Verfügung. Entstanden sind hier eine Vielzahl neuer Kooperationen, Netzwerke und allein im Jahr 2008 über 220 Projekte, die in Sachsen-Anhalt über 74.000 Jugendliche,

Migrant/innen, kommunale Verantwortungsträger, Multiplikator/innen bis hin zu Senior/innen für Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sensibilisiert, aktiviert und qualifiziert haben. Damit wird die Verantwortung der Kommunen und Landkreise gestärkt und eine neue Qualität der Zusammenarbeit kommunaler Entscheidungsträger und zivilgesellschaftlicher Akteure vor Ort entwickelt.

Die Förderung der Lokalen Aktionspläne ist bis 2010 zeitlich begrenzt und bislang nur in ausgewählten Regionen des Landes möglich. Die erfolgreiche Umsetzung, Ausweitung auf weitere Regionen und nachhaltige Verankerung der Strategien und Projekte hängt ganz entscheidend von der Verantwortungsübernahme durch die Kommunen und das Land, den lokalen Rahmenbedingungen, bereits entwickelten zivilgesellschaftlichen Strukturen, Erfahrungen sowie von der Kooperationsfähigkeit der handelnden örtlichen Akteure ab.

Perspektivisch kommt es darauf an, die Entwicklung und Ausgestaltung der Lokalen Aktionspläne flächendeckend, nachhaltig und unbürokratisch zu ermöglichen. Dabei sind alle Akteure – Bund, Land, Kommunen und die Zivilgesellschaft – gefordert, diese partizipativen, wertvollen Strategien und Maßnahmen zur Demokratieförderung in Sachsen-Anhalt weiterzuentwickeln und abzusichern.

#### **d. Landesnetzwerk**

Seit Mai 2005 existiert in Sachsen-Anhalt das Netzwerk für Demokratie und Toleranz, ein Zusammenschluss von mehr als 280 unterschiedlichen Akteuren wie Vereinen, Verbänden, kirchlichen Institutionen, Kommunen, Verwaltungen, Parteien oder auch Einzelpersonen. Die Gründung dieses Zusammenschlusses ging auf einen einhelligen Beschluss des Landtages zurück, die Schirmherrschaft des Netzwerks liegt beim Ministerpräsidenten und dem Präsidenten des Landtages. Seit 2007 gehört zu den Aufgaben des Landesnetzwerks die Koordinierung der Landesinitiative „Hingucken und Einmischen! Für ein demokratisches und tolerantes Sachsen-Anhalt.“ Die hierfür durch das Land bereitgestellten Mittel stehen in erheblichem Maß für Kooperationsprojekte mit lokalen und regionalen Akteuren wie Aktions-Bündnissen, Trägern der Jugend- und Bildungsarbeit sowie Schulen zur Verfügung.

Schwerpunkte des Netzwerks sind:

- Vernetzung durch das Portal „Hingucken und Einmischen!“, in dem sich Informationen über alle Mitglieder und ihre Angebote, aber auch überregionale Informationsquellen und Projektangebote, aktuelle Entwicklungen und Presseauswertungen finden,
- aktuelle Informationen, Veranstaltungs- und Aktionshinweise über regelmäßige Mailings,
- Vermittlung von qualifizierten Kooperationspartnern und Referenten,
- Beratung und Unterstützung bei der Konzeptionierung und Mittelaufnahme für lokale Aktionen,
- Stärkung des fachlichen Austauschs im Rahmen landesweiter Konferenzen und Workshops,
- Möglichkeiten der direkten Kooperation oder der Förderung eigener Maßnahmen,
- kostenloses Informationsmaterial zum Einsatz bei lokalen Aktivitäten,
- Information und Qualifizierung ehrenamtlicher Akteure und berufsbezogener Zielgruppen aus Schule, Jugendarbeit, Polizei, Justiz.

Der derzeitige Schwerpunkt der Arbeit liegt in der verstärkten Kooperation mit neu gewonnenen gesellschaftlichen Akteuren (z.B. Sport, Heimatvereine, Feuerwehr) und weitergehende Sensibilisierung und Qualifizierung von Multiplikatoren aus diesem Bereich.

#### **e. Lokale Bündnisse und Initiativen vor Ort**

Die knapp 20 lokalen Bündnisse und Initiativen vor Ort, die in der Regel vor allem ehrenamtlich arbeiten, fühlen sich oft mit ihren Problemen vor Ort allein gelassen und wünschen sich stärkere Unterstützung und Vernetzung. In diesen Bündnissen treffen Engagierte aus den

unterschiedlichen Organisationen, Vereinen, Parteien, Gewerkschaften und Kirchen zusammen. Bei der Organisation von Aktionen wie z. B. einer Meile der Demokratie geraten sie schnell an die Grenze der Belastbarkeit. Es wird eine hauptamtliche Struktur benötigt, die sie unterstützt. Dies können die Mitarbeiter/innen der Beratungsteams, Mitarbeiter/innen aus der Verwaltung oder die Koordinator/innen der Lokalen Aktionspläne sein.

Ebenso braucht es einen Aktionsfonds, aus dem schnell und unbürokratisch Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und Aktionen bereitgestellt werden können.

## **4. Handlungsfelder**

### **a. Bildungsarbeit**

Zahlreiche Träger in Sachsen-Anhalt leisten eine engagierte und intensive Bildungsarbeit mit einer Vielfalt von Konzepten und Ansätzen zur Demokratieförderung, die sich in der Praxis bewährt haben. Diese Pluralität von Trägern, Konzepten und Ansätzen ist notwendig, um den unterschiedlichen Zielgruppen und Interessen der Kooperationspartner gerecht zu werden. Da für die Stärkung demokratischer Handlungskonzepte langfristige Veränderungsprozesse angestoßen werden müssen, benötigt diese Bildungsarbeit auch Rahmenbedingungen, die eine nachhaltige Arbeit ermöglichen.

Um neuen Entwicklungen zu begegnen, Leerstellen zu füllen und unter anderen Bedingungen entwickelte Konzepte an hiesige Verhältnisse und Gegebenheiten anpassen zu können, braucht es zusätzlich die Entwicklung und Erprobung von neuen Konzepten und Bildungsansätzen. Daher sollten Möglichkeiten geschaffen werden, um in modellhaften Vorhaben neue Konzepte zu entwickeln und mit Ansätzen und Methoden zu experimentieren, um so das Handlungsspektrum in der Bildungsarbeit insgesamt zu erweitern. Langfristig braucht es zudem eine Verbesserung der Angebote in der politischen Bildung für Erwachsene sowie Senior/innen.

### **b. Schule**

Schule allein ist mit der Problematik der Demokratie- und Menschenrechtserziehung und der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus häufig überfordert. Eine Zusammenarbeit mit externen Trägern ist daher sinnvoll, wie sie bereits vielerorts im Land erfolgreich praktiziert wird.

Ziel der Kooperation zwischen Schule, Jugend- und Bildungsarbeit muss auf dem Feld der Stärkung der Demokratie die Etablierung demokratischer und beteiligungsorientierter Schulstrukturen sein, die Öffnung von Schule in das Gemeinwesen und die Stärkung der Eigeninitiative. Insbesondere die Aktivierung von Schülerinnen und Schülern für bürgerschaftliches Engagement, demokratische Mitgestaltung und eine couragierte gemeinsame Zurückweisung aller Formen von Diskriminierung und Gewalt muss das Ziel der Anstrengungen sein, etwa in Projekten und Handlungsansätzen wie „Service Learning“ oder dem Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Letzteres ist ein Handlungsansatz, der diese Zielsetzungen durch kontinuierliche Arbeit in den Problemfeldern Diskriminierung, Rechtsextremismus, Gewalt und Mobbing sowie zur Stärkung der demokratischen Kompetenz von schulischen Akteuren nachhaltig stärkt. Inzwischen zählen 29 Schulen zu diesem Netzwerk, Ende 2008 werden es voraussichtlich mehr als 40 Schulen sein. Regelmäßiger gemeinsamer Erfahrungsaustausch, eine jährliche Auswertung und Dokumentation der Aktivitäten sowie Ansätze lokaler und regionaler Vernetzung der Schulen im Netzwerk zeigen inzwischen nachhaltige Wirkung. Mit der Landeszentrale für politische Bildung als Landeskoordination und einem breiten Spektrum von Bildungsträgern als weitere Kooperationspartner stehen Schulen, die sich zu diesem Weg entschließen, vielfältige Projektmöglichkeiten zur Verfügung. Die landesweite Koordination, Fachtagungen, Seminare und Schulprojekte, die Erstellung von Lehr- und Informationsmaterial sind im Rahmen der Landesinitiative „Hingucken und Einmischen!“ derzeit gesichert. Allerdings werden einige Maßnahmen und insbesondere die lokalen Koordinationen in Magdeburg, Halle, Dessau und

dem Harz derzeit über die jeweiligen Lokalen Aktionspläne des Bundes gefördert, eine Verstetigung dieser Arbeit über den Förderzeitraum hinaus ist nötig.

Über bestehende Handlungsansätze hinaus gilt es, die Kompetenz der Schule zu stärken, eigenverantwortlich auf Demokratiedefizite, Gruppen-bezogene Menschenfeindlichkeit, Mobbing oder Gewalt angemessen zu reagieren. Hierzu gehört eine bessere Verankerung dieser Themen in den Lehrplänen, eine lückenlose und qualifizierte Unterrichtsversorgung in Fächern wie Sozialkunde, Geschichte, Ethik und Religion, die Schaffung personeller und zeitlicher Ressourcen für Projektarbeit und Krisenintervention sowie die regelhafte Integration dieser Themenfelder in die Lehrerausbildung.

Langfristig ist auch eine Veränderung der Rahmenbedingungen für externe Angebote und Projektarbeit an Schulen notwendig. Wo externe Bildungsträger für ihre Projektarbeit häufig flexiblere Gestaltungsformen von Bildung und Unterricht benötigen, fehlen Schulen klare Strukturen. Gespräche zwischen Schulen und externen Trägern zur gemeinsamen Entwicklung von für beide Seiten tragbaren Rahmenbedingungen sind daher weiterhin notwendig.

### **c. Migration**

Rassismus und Rechtsextremismus stellen erhebliche Integrationshindernisse dar. Daher ist der Schutz vor Rassismus und rechtsextremistischer Gewalt eine wichtige Voraussetzung erfolgreicher Integrationsprozesse in Sachsen-Anhalt.

Der Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist keine Einbahnstrasse. Auch Menschen mit Migrationsgeschichte leisten einen wesentlichen Beitrag dazu. Seit Jahren engagieren sich viele Migrant/innen als Referent/innen oder Multiplikator/innen für den Kampf gegen Rassismus in Sachsen-Anhalt. Zudem kann ein Zuwachs des bürgerschaftlichen Engagements im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt festgestellt werden. Dies zeigt sich u.a. an einer zunehmenden Zahl von Migrantenselbstorganisationen, die inzwischen im Landesnetzwerk der Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt (LAMSA) organisiert sind, aber auch durch das vielfältige Engagement im Bündnis für Zuwanderung und Integration, des „Runden Tisches gegen Ausländerfeindlichkeit“ sowie in den kommunalen Integrationsnetzwerken.

Um dieses Engagement zu stärken, werden langfristige Angebote und Förderinstrumente zur Etablierung, Qualifizierung und nachhaltigen Sicherung von Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt benötigt.

### **d. Jugendarbeit**

Jugendkulturelle Identitäten spielen eine tragende Rolle in der Persönlichkeitsentwicklung Jugendlicher. Umso alarmierender ist deshalb die wachsende Attraktivität antidemokratischer und rechtsextremer Jugendkulturen. Um diese zurückzudrängen sowie Demokratie und Zivilcourage zu stärken, bedarf es einer intensiven und kontinuierlichen Jugendarbeit. Dies erfordert einerseits den Erhalt und Ausbau qualifizierter Jugendarbeitsangebote in der offenen Jugendarbeit einschließlich flächendeckender sozialpädagogischer Angebote. Besonders die Jugendfeuerwehren und Sportverbände sind hier von großer Bedeutung, da sie gerade im ländlichen Raum eine Vielzahl von Jugendlichen erreichen. Dabei müssen Jugendliche die Möglichkeit erhalten, Demokratie zu erfahren und im Alltag zu leben.

Andererseits sind für die Förderung von Konfliktfähigkeit und Toleranz qualifizierte Angebote im Bereich der politischen Jugendbildung notwendig, die sich exemplarisch mit Rechtsextremismus, Demokratie und jugendkulturellen Lebenswelten auseinandersetzen. Gleiches gilt auch für den Bereich der Multiplikatorenbildung.

Darüber hinaus gilt es, auch im Bereich der Arbeit mit Kindern entsprechende Elemente zu installieren sowie qualifizierte Beratungsangebote für Eltern zu entwickeln.

## **5. Ziel: Landesprogramm „Demokratieförderung in Sachsen-Anhalt“**

Beratungs- und Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie brauchen Beziehungsarbeit, die kompetent, verlässlich und vertraulich sein muss. Sie zielen auf nur langfristig erreichbare Veränderungen. Es braucht daher für die Akteure vor Ort und die Betroffenen nachhaltig wirksame, dauerhafte und verbindliche Ansprechpartner/innen und vielfältige, niederschwellige Angebote und Projekte.

Notwendig ist daher eine langfristige und integrierte Strategie. Ein weltoffenes und demokratisches Sachsen-Anhalt braucht dauerhaftes Engagement von Akteuren auf den unterschiedlichen Ebenen. Daher sollten Land, Bund und die Kommunen hier gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren Verantwortung übernehmen und die Demokratieentwicklung und die Bekämpfung von Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt als dauerhafte Aufgabe verstehen und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Auf Landesebene muss daher die Etablierung eines auf Dauer angelegten Landesprogramms zur Stärkung einer demokratischen Gesellschaft das Ziel sein. Hierzu bedarf es einer zeitnahen Verständigung zwischen dem Land und den verantwortlichen Akteuren aus Bund, Kommunen und der Zivilgesellschaft über die Ausgestaltung und Finanzierung von Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und zur Sicherung verbindlicher Strukturen zur Demokratieentwicklung im Land.

Dazu gehört, dass dieses Programm und die unterstützten Projekte und Angebote im Sinne einer Qualitätssicherung und praxisnahen Bedarfsermittlung fortlaufend wissenschaftlich evaluiert und Qualitätsentwicklung gefördert werden. Ein kontinuierlich durchgeführter Survey zu Einstellungspotentialen der hiesigen Bevölkerung wäre dabei ein unverzichtbares Instrument.

Nur wenn wir uns gemeinsam mit allen verfügbaren Kräften für die Implementierung gelebter Demokratie in Sachsen-Anhalt engagieren, werden wir ein wahrhaft weltoffenes Sachsen-Anhalt erreichen. Die Autor/innen und beteiligten Akteure, Gruppen und Organisationen sind bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten und hoffen auf eine breite gesellschaftliche Beteiligung.

---

Folgende Organisationen haben am Strategiepapier mitgearbeitet:

Alternatives Jugendzentrum Dessau e.V.

Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.

Friedenskreis Halle e.V.

Initiative Zivilcourage Halle

Jugendwerkstatt Frohe Zukunft Halle-Saalekreis e.V.

Landesnetzwerk Migrantenselbstorganisationen in Sachsen-Anhalt

Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V.

Miteinander e.V.

Multikulturelles Zentrum Dessau e.V.

Eine-Welt-Haus Halle e.V.

DGB Sachsen-Anhalt